



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/64

1. Juni 1949

"Manipulationen"

W. B. Berlin, 1. Juni

Die in der Ostzone durch den Wahlschwindel seit Mitte Mai ausgelöste Krise ist noch keineswegs abgeschlossen. Die Reaktion auf den Streikbruch gegenüber den Berliner Eisenbahnern geht tief in die kommunistischen Kader. In der Führung der SED macht sich die Furcht breit, man könnte im Zuge der veränderten sowjetischen Politik nicht nur fallengelassen, sondern völlig ausgeliefert werden. Die grosse Masse der Bevölkerung aber hat aus den veränderten Bedingungen der internationalen und deutschen Politik neuen Mut geschöpft.

Der auf Grundlage der Einheitslisten zusammengeschobene "Volkskongress" war Anfang der Woche in Berlin versammelt. Als Auftakt dazu hatte die sowjetamtliche "Tägliche Rundschau" überaus scharfe Angriffe auf namentlich angeführte Vertreter der ostzonalen CDU und LDP gerichtet. Sie wurden der Sabotage an den "Wahlen" beschuldigt. Nuschkes "Neue Zeit" sprach offen von "gewissen Manipulationen, wie sie bedauerlicherweise von einigen Ländern der Zone vorgenommen wurden". Dieselbe Zeitung gab übrigens auch der ketzerischen Auffassung Ausdruck, man könne das Bonner Grundgesetz und den ostzonalen Verfassungsentwurf ohne allzu grosse Schwierigkeiten auf einen Nenner bringen. Professor Kastner brachte die "Manipulationen" auf dem Kongress selbst zur Sprache, nachdem sein sächsischer LDP-Vorstand nur durch direktes Eingreifen der NKWD davon abgehalten werden konnte, aus einem scharfen Protest am Wahlschwindel die Selbstauflösung der Satellitenpartei abzuleiten.

Die Behauptung, dass die grosse Zahl der Nein-Stimmen vornehmlich ein Ergebnis bürgerlicher Opposition sei, wird durch die Tatsachen keinesfalls bestätigt. Der französisch lizenzierte "Kurier" hat festgestellt, dass der höchste Prozentsatz an Nein-Stimmen in den traditionellen Bezirken der sozialistischen Arbeiterbewegung erreicht wurde. Es gibt Orte, an denen die Zahl der Ja-Stimmen nur halb so gross ist wie die Zahl der eingeschriebener SED-Mitglieder.

Die neue Kampagne gegen die ostzonale CDU und LDP hat aber einen ganz bestimmten Sinn. Im Zeichen der neuen Parole der "Nationalen Front" will man die im vorigen Jahr gegründete "National-Demokratische" Partei ernsthaft zum Zuge kommen lassen. Darum war es auch kein Zufall, dass der auf Professor umfrisierte General Vincenz Müller vor dem Volkskongress eines der Hauptreferate halten durfte.

Die NDP krankt allerdings an dem Fehler, den man bei der Namensgebung mit der Konzession an die "demokratische" Phraseologie gemacht hat. In der neuen "Front" soll nämlich auch für die "guten Nichtdemokraten" Platz gemacht werden. Neben ihnen will man sich vor allem um jene Kreise bemühen, denen es ums Geschäft geht.

Zur Krise innerhalb der SED kommt die Auseinandersetzung mit ihren Blockpartnern. Die ganze Gesellschaft ist aber tief enttäuscht, dass sie in Paris nur beiläufig erwähnt wurde. Selbst im Osten wird der Volkskongress nicht mehr als politische Realität betrachtet. Vor wenigen Monaten besprach man in Karlshorst noch die Bildung einer ostzonalen Regierung, die Anspruch auf gesamtdeutsche Vertretung erhebt. Die jetzige Fleite kann auch durch die einmündige Proklamierung der "demokratischen Republik" nicht mehr verschleiert werden.

Labours Pfingstprogramm.

(sp.) Der alljährliche Parteitag der Labour Party während der Pfingstfeiertage findet wie vor zwei Jahren wieder in Blackpool statt. Im Mittelpunkt wird der vom Exekutiv-Komitee vorgelegte Arbeitsplan stehen, mit dem die Labour Party im nächsten Jahr in den Wahlkampf gehen will. Der Plan hat keineswegs den ungeteilten Beifall aller Parteimitglieder gefunden. Der linke Flügel findet ihn zu sehr auf die Konsolidierung des in den verfloßenen vier Jahren Erreichten abgestimmt, der rechte Flügel ist für ^{noch stärkere} Zurückhaltung bei weiteren Experimenten und besonders harbe Kritik wird aus den Reihen der Konsumgenossenschafts-Bewegung erwartet. Eine wichtige Rolle wird bei den Beratungen auch die Lohn- und Preisfrage bilden. Der Generalrat der Gewerkschaften hat sich seinerzeit mit dem von der Regierung vorgeschlagenen Lohnstop unter der Bedingung einverstanden erklärt, dass sie sich nicht nur um die Stabilisierung sondern auch um die Senkung der Preise und die Kürzung der Gewinne bemüht. Das Preisniveau ist jedoch nicht unwesentlich gestiegen. Es werden deshalb in immer stärkerer Masse Rufe nach Lohnerhöhungen laut. Man erwartet, dass Sir Stafford Cripps, der nicht dem Exekutiv-Komitee angehört, die Wirtschaftspolitik rechtfertigen wird. Im letzten Jahr wurde er als Redner nicht zugelassen. Seine Politik musste vielmehr sein Amtsvorgänger Dalton verteidigen. Der Ausschluss des Abgeordneten Zilliacus wird wahrscheinlich ebenfalls debattiert werden, dagegen dürften diesmal aussenpolitische Fragen stark zurücktreten.

Deutsche Wissenschaftler in der Sowjetunion.

Von Dr. Georg Graue.

In der Ostzone wurde kürzlich auf Moskauer Anweisung ein Gesetz erlassen, das die Angehörigen der Intelligenzschicht, besonders aber die Vertreter von Wissenschaft und Forschung, erheblich besser stellt als bisher und aus der Masse des übrigen Volkes heraushebt. Es wäre falsch, diese Massnahme als Propagandatrick zu bezeichnen. Tatsache ist nämlich, dass seit 1945 eine Reihe bester deutscher Fachkräfte schon für die Sowjetunion tätig ist.

Als der Morgenthauplan aktuell wurde, standen viele deutsche Techniker und Wissenschaftler vor der Frage, ob sie nach Amerika gehen wollten oder nach Russland, weil sie in der Heimat keine Lebensgrundlagen hatten. Es war aber von vornherein anzunehmen, dass die Aufnahmebereitschaft der Vereinigten Staaten nur gering sein würde, da sie ja selbst über eine grosse Anzahl bester Fachkräfte verfügen. Ganz anders liegen die Dinge in Russland. Dort herrscht ein fühlbarer Mangel an gut ausgebildeten und schöpferisch denkenden Wissenschaftlern. In der Überzeugung, dass nach Kriegsende der Morgenthauplan tatsächlich durchgeführt werden würde, verabredeten deshalb schon Ende 1944 einige Wissenschaftler, dass sie für den Osten optieren wollten. Ihre Ansicht wurde noch durch Gedankengänge gestützt, die aus der Bismarckschen Politik stammen und eine enge Zusammenarbeit des Europäischen-Asiatischen Wirtschaftsraums fordern.

Die Führung dieser Gruppe lag bei Prof. Peter Thiessen, der damals Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie in Berlin-Dahlem war. Er hatte gleichzeitig als Leiter der Fachpartei Chemie im Reichsforschungsrat wichtige Funktionen, die ihn in enge Berührung mit fast allen deutschen Wissenschaftlern dieses Fachgebietes brachten und ihm einen ungehinderten Einblick in den Stand der deutschen Forschung ermöglichten. Im April 1945, während der Eroberung Berlins durch die Russen, nahm er die erste Verbindung mit diesen auf und erreichte, dass die Forschungsstätten durch Sonderkommandos geschätzt wurden. Im Herbst 1945 ging er dann mit seiner Familie und einem Teil seiner Belegschaft nach Suchum in Georgian.

Thiessen war einer der wenigen Kolloidchemiker, die wir in Deutschland hatten. Sein Spezialgebiet ist die Chemie und Physik der Oberflächen. Durch diese Arbeitsrichtung hatte er starke Interessen für die Entwicklung der Röntgentechnik und der Ultramikroskopie. Das führte zu einer engen Zusammenarbeit mit Manfred von Ardenne, den man wohl als den deutschen Edison bezeichnen kann. Dieser hatte in Berlin-Lichterfelde ein eigenes Forschungslaboratorium.

Er wurde in der Öffentlichkeit durch zahlreiche Erfindungen auf dem Radiogebiet bekannt. Er hat ausserdem in den letzten Jahren ein sehr brauchbares Übermikroskop entwickelt und eine physikalische Trennmethode für schwere Atome, ein für die Atombombe entscheidendes Problem.

Mit beiden zusammen arbeitet heute in Suchum am Schwarzen Meer Prof. Heinrich Hertz, der 1933 von der Hochschule verdrängt wurde und dann Leiter des Forschungslaboratoriums der Siemenswerke war. Er verfügt neben erheblichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Oberflächenveredelung von Metallen und in der Herstellung von Kabeln auch über gute Kenntnisse in der Stromphysik.

Nicht weit von Moskau arbeitet eine ziemlich grosse zweite Gruppe. Zu ihr gehört Prof. Vollmer, der an der Technischen Hochschule Berlin den Lehrstuhl für physikalische Chemie hatte. Dann ist dort noch Dr. Nikolaus Riehl, der das Forschungslaboratorium der Auer-Gesellschaft leitete und durch seine Arbeiten über Leuchtfarben international bekannt wurde. Auch er ist ausserdem atomphysikalisch interessiert. Durch ihn wurde wohl die Verbindung zu der früheren Osrangruppe geschaffen. Die Männer, die dort gemeinsam mit Riehl das "Kalte Licht" geschaffen haben, wie Dr. Evest, sind nun im Osten.

Es muss einmal klar gesagt werden, dass alle diese Männer nicht nach Russland verschleppt wurden, sondern unter dem Eindruck des Morgenthauplans freiwillig in den Osten gegangen sind.

Die Russen haben ausserdem eine grosse Anzahl zum Teil ausgezeichnete Fachkräfte unter mehr oder weniger sanftem Druck zu sich geholt. So wurde aus den Betrieben, die V-Maffen oder Düsenjäger herstellten, jeder nach dem Osten verpflichtet, der irgendwie Bescheid wissen konnte. Das Gleiche gilt auch für bestimmte andere Industrien, wie die Zellwollherstellung einschliesslich der Verwertung der Zellstoffabwässer und natürlich auch für die Herstellung vollsynthetischer Fasern. Von diesen Gebieten der Technik und Forschung wurden ganze Betriebe mit allem lebenden und toten Inventar nach dem Osten verlagert.

Das Beispiel von Rehau.

(sp.) "Weil Schleswig-Holstein so in Not ist," hat die kleine oberfränkische Gemeinde Rehau der Landesregierung von Schleswig-Holstein 200 Mark geschickt. Das ist mehr als eine Geste, über die man nicht mit einem gerührten Lächeln hinweggehen sollte. Die Gemeindeväter von Rehau sind sicher nicht mit Glücksgütern gesegnet, denn auch Oberfranken gehört zu den Teilen Westdeutschlands, die mit dem Flüchtlingsproblem schwer belastet sind.

Wenn die Rehauer trotz ihrer eigenen Not die grössere Not Schleswig-Holsteins anerkennen, dann geben sie damit das Beispiel einer Solidarität, die man "auf der höheren Ebene" bisher vermisst hat. Aber die Gemeindeväter von Rehau haben nur eine Erfahrung bestätigt, die man seit jeher machen konnte, wenn es darum ging, anderen zu helfen; die Erfahrung nämlich, dass von demjenigen am ehesten etwas zu haben ist, der selbst wenig zu beissen hat.

Die 200 Mark von Rehau sind auch an keinen Unwürdigen geschickt worden; die Schleswig-Holsteiner hatten schon vorher bewiesen, dass auch sie das Herz auf dem richtigen Fleck haben. Als die Sammelaktion des "Hilfswerkes Berlin" in vollem Gange war, hat die Landesregierung von Kiel dieser Solidaritätsaktion des Westens gegenüber dem bedrohten Berlin eine Lebensmittelspende zugewiesen, die einen Geldwert von 230.000 Mark darstellt. Es war unseres Wissens nach die grösste Spende, die von einem einzelnen Land kam. Damit nicht genug, hat die Regierung von Kiel der Spende noch 20.000 Mark für Frachtspesen hinzugefügt, denn sie weiss, dass der Transport von Hannover nach Berlin auch nicht umsonst ist.

Es wäre missig, Betrachtungen und Vergleiche zwischen Rehau und Kiel anzustellen. Entscheidend scheint uns der Geist, der die Gebenden in beiden Fällen beseelte und dieser Geist ist es, den wir den grösseren Kollegen des Bürgermeisters von Rehau empfehlen, wenn sie ihr grösseres Einkommen mit dem teilen sollen, der von der grösseren Not geplagt ist. Da in Westdeutschland niemand Reichtümer zu verteilen hat, gilt es, die Not etwas gleichmässiger zu verteilen.

-dt.

Was Wyschinski nicht erzählte.

(sp.) Auf der Pariser Aussenministerkonferenz erklärte Wyschinski, die Ostzone habe einen hohen Lebensstandard und im Gegensatz zu den Westzonen keine Arbeitslosigkeit. Diese kühne Behauptung konnte Wyschinski aufstellen, weil er durch irgendwelche zonale Statistiken nicht desavouiert werden kann, denn man kann zwar vieles über erfüllte Planziffern und ähnliches (in Prozenten) lesen, die wirklichen Verhältnisse aber werden entweder verschleiert oder überhaupt totgeschwiegen. Totgeschwiegen wird auch die Arbeitslosigkeit, indem man, im Gegensatz zur Praxis in den Westzonen, jede zonale Statistik vermeidet. Pressevertreter, die sich bei den Arbeitsämtern erkundigen, werden abgewiesen. Dennoch kann man sich aus vielen Einzelmeldungen ein Gesamtbild von diesem wichtigen Sektor machen und dieses Bild deckt sich nicht mit den Behauptungen Wyschinski in Paris. Bemerkenswert ist dabei, dass von der Arbeitslosigkeit, in der Hauptsache hervorgerufen durch die Gegenblockade, auch die Sowjet-A.-G. betroffen sind, die bei Rohstoffzuteilungen jede Bevorzugung geniessen.

So verzeichnete z.B. das Land Mecklenburg, das etwa die gleiche Einwohnerzahl hat wie Berlin, im März 80.000 Arbeitslose.

Die volkseigene Zigarettenmaschinenfabrik Universell in Dresden, die etwa 1200 Arbeiter beschäftigt, musste wegen Rohstoffschwierigkeiten 400 Arbeiter entlassen. Die Betriebsgruppenleitung, die gegen die Entlassungen protestierte, wurde gleichfalls auf die Strasse gesetzt.

Beim Arbeitsamt in Bitterfeld, das bis Ende Oktober 1948 auf dem Sektor der Metallindustrie und im Bergbau in einem Monat durchschnittlich 500 offene Stellen zu verzeichnen hatte, ist die Arbeitslosenziffer seit Januar 1949 rapide angestiegen. Im Kreise Bitterfeld werden heute über 3 000 Arbeitslose gezählt, wovon nur etwa 10% Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Die Leipziger Stadtverwaltung ist mit über 100 Millionen Mark verschuldet. Die Folge davon sind Entlassungen am laufenden Band. Am 1. Januar 1949 mussten 1632 städtische Angestellte ihre Arbeit einstellen. Mehrere Hundert wurden in den folgenden Monaten brotlos. Mit der dritten Entlassungswelle wurden etwa 1.000 Angestellte zum 30. Juni 1949 gekündigt.

Am 1. Mai 1949 waren beim Arbeitsamt in Leipzig nicht weniger als 90.000 Arbeitslose registriert, das sind 50% der Gesamteinwohnerzahl.

In den zum Mitteldeutschen Braunkohlenkombinat gehörenden Braunkohlen- und Schwefelwerken Böhlen, Espenhain, Deutzen sowie Dora und Helene, die zu einer Sowjet-A.-G. zusammengefasst sind, wurden im Mai 1949 25.000 Arbeiter entlassen. Grund: Mangel an Ersatzteilen und Rohstoffen.

Die Reichsbahndirektion Magdeburg musste zum 1. April 1949 etwa 20 Prozent ihrer Belegschaft abbauen. Es wurden in erster Linie ehemalige Pk's, Parteilose sowie alle der SED unzuverlässig erscheinende Personen entlassen.

Das volkseigene Schmelzriegel- und Graphit-Werk in Hainsberg in Sachsen hat Anfang Mai 1949 von 100 dort beschäftigten Arbeitern 30 Arbeiter entlassen müssen. Die Hainsberger Metallwerke haben zur gleichen Zeit von 240 Belegschaftsmitgliedern 60 entlassen.

Im Bezirk des Arbeitsamtes Bautzen sind über 10.000 Arbeitslose registriert. Der Bezirk Görlitz zählt 22.000 Arbeitssuchende.

Gefangene Stabsoffiziere nach Stalingrad. (sp.) Nach Feststellungen der Kriegsgefangenenhilfe der SED ist in der letzten Zeit ein starkes Anwachsen der sogenannten "Regime-Lager" für Kriegsgefangene in der Sowjetunion zu verzeichnen. Es handelt sich um politische Lager, in denen die ehemaligen SS-, Polizei-Männer und Angehörige der Landesschützeinheiten und Sonderformationen untergebracht werden, die bis jetzt von der Entlassung ausgeschlossen waren. - Heimkehrer berichten ferner von einer Zusammenziehung von kriegsgefangenen Stabsoffizieren aus allen Gebieten Russlands in Stalingrad. Bemerkenswert ist ferner, dass etwa seit Oktober 1948 keine Kriegsgefangenen mehr in der Rüstungsindustrie oder verwandten Unternehmen beschäftigt werden. b/B. 1/16/W

In vier Jahren eine Million Wohnungen.

(sp.) Angesichts der Notwendigkeit, die Wohnungsnot zu mildern und den Aufbau zu beschleunigen, würden von der SPD die Möglichkeiten des Wohnungsbaues wissenschaftlich untersucht und auf Grund des Untersuchungsergebnisses Vorschläge und Forderungen zur Beseitigung des Wohnungsmangels formuliert.

Unter dem Titel "Plan A / Aufgabe Nr.1: Wohnungen bauen!" liegt nunmehr das Wohnungsbauprogramm der SPD für die Trizone vor, das den ersten Schritt zur Überwindung des Wohnungsleides tun will. Der Plan A weist nach, dass in den nächsten vier Jahren eine Million Wohnungen erstellt werden kann.

Eingehende nüchterne Berechnungen und gründliche Untersuchungen haben ergeben, dass sowohl die Materialien wie auch die Arbeitskräfte für dieses Werk zur Verfügung stehen. Gewiss sind Eisen und Holz ernste Engpässe, die Anforderungen des Planes A passen sich jedoch den gegebenen Möglichkeiten an. Die Finanzierung des Planes hängt jedoch entscheidend davon ab, welche Bedeutung dem Wohnungsbau im Rahmen der gesamten Investitionsplanung zuerkannt wird.

Wenn die Produktionsmöglichkeiten, wie es in dem Plan A geschieht, bejaht werden, dann ist die konkrete Finanzierung eine organisatorisch-technische Angelegenheit. Der gesamte Kapitalbedarf für die Durchführung des Programmes beläuft sich auf 10,975 Milliarden DM, das heißt, dass als Bankkosten für je eine Wohnung im Jahr 1949 12.000 DM, 1950 11.500 DM, 1951 11.000 DM und 1952 10.000 DM bereitgestellt werden müssen.

Die Möglichkeit der Kapitalaufbringung wird eingehend in dem Plan A behandelt.

Im ersten Jahr (1949) sind für das Minimalprogramm 1,56 Mrd., für das Optimalprogramm 1,8 Mrd. Mark Kapitalbedarf errechnet. Davon soll die öffentliche Hand 600 - 750 Mill. aus den Mitteln bereitstellen, die in den Haushaltsplänen 1949/50 der Länder und Gemeinden bereits festgelegt sind; weitere 500 Mill. aus den zweckgebundenen Mitteln des Hypothekensicherungsgesetzes und des ersten Lastenausgleichsgesetzes. Dazu können als realistische Kosten aufgebracht werden: 150 Mill. aus Mitteln der Wiederaufbau-bank bzw. aus D-Mark-Gegenwerten der Marshallplanhilfe; 50 bis 100 Mill. aus Arbeitgeberzuschüssen für werkgeförderten Wohnungsbau; 100 - 150 Mill. Kredite aus der Versicherungswirtschaft; 150 - 200 Mill. aus der allgemeinen Spartätigkeit und aus dem Eigenkapital der Wohnungsbauträger. Die im ungünstigen Fall verbleibende Lücke von 135 Mill. bzw. 225 Mill. DM kann durch Selbstfinanzierung der Wohnungsinteressenten, durch Leistungen der Gemeinden, durch Kreditierung der Aufschließungskosten und durch Mittel aus der Sozialversicherung und der Arbeitslosenversicherung geschlossen werden. Mag der eine oder andere der Ansätze variabel sein - im Gesamten ist die Erstellung des Kapitalbedarfs durchaus möglich, wenn an allen entscheidenden Stellen der soziale Wohnungsbau als Problem Nr.1 betrachtet wird. Ausschlaggebend ist die sozialdemokratische Forderung, die volkswirtschaftlich gegebenen Reserven an Bauarbeitern, Baustoffen und Baubetrieben durch

eine produktionspolitisch orientierte Kreditpolitik auch tatsächlich in vollem Umfange einzusetzen.

Die tragbare Miete wird sich nach den Vorschlägen auf etwa 0,90 DM je qm Wohnfläche, d.h. rund 40 DM monatlich für eine Normalwohnung belaufen. In kleinen Gemeinden wird die tragbare Neubaumiete je nach Grösse bis zu einem Drittel geringer sein, während in Ausnahmefällen unter grosstädtischen Verhältnissen ein Mietpreis von einer DM je qm angebracht sein könnte.

Es ist natürlich, dass der Plan A eine Senkung der Baukosten als notwendig erachtet. Volle Ausnutzung des Baugewerbes, wirtschaftlicher Einsatz von Baumaschinen, weitgehende Mechanisierung, Förderung der Bauforschung können eine Verbilligung erreichen. Darüber hinaus betont der Plan A zur weiteren Kostensenkung, zur planmässigen Einsparung an Baumaterial und zur Rationalisierung der Baumethoden die Notwendigkeit, etwa 1/3 aller Mittel von vornherein für ein Kernprogramm einzusetzen, das sich auf Grossbaumaassnahmen in Brennpunkten des Wohnungsbaues konzentriert. Solche Grossbaumaassnahmen bedeuten jedoch keineswegs einseitige Förderung von Grossbaunehmen, sie sollen vielmehr gerade den mittleren und kleinen Baunehmen sowie dem Handwerk die Möglichkeit geben, sich zu produktiver, gemeinsamer Arbeit zusammenzuschliessen und an den Vorteilen der Grossbaustellen teilzuhaben.

Die bestehenden Gesetze reichen jedoch bei weitem nicht aus, um tatsächlich ein Maximum und Optimum im Wohnungsbau zu sichern. Wohnungsgesetze müssen geschaffen werden, die die Grundsätze der Förderung des Wohnungsbaues, der Mietbemessung und der Verwendung öffentlicher Beihilfen regeln. Eine alsbald zu errichtende Verwaltung für Aufbau muss die Aufgaben der Wohnungswirtschaft bei der allgemeinen Wirtschafts- und Investitionsplanung vertreten und im Benehmen mit den Ländern die allgemeinen Richtlinien für die Durchführung des Wohnungsbauprogramms aufstellen. (b/K/16/2/hs)

Die Ostsee - ein tschechisches Meer. (sp.) Unter dem Titel "Die Ostsee wird unser Meer" berichten tschechische Blätter über die Ergebnisse des Besuches einer tschechischen Delegation in Gdingen und die Besichtigung des "polnischen Hafenkombinats Danzig". Der polnische Minister Rapaeki versicherte dabei, dass Polen mit besonderem Eifer seine Häfen ausbauen werde, um so auch die Tschechoslowakei und die übrigen volksdemokratischen Staaten an die Ostsee anzuschliessen. (b/B.122/16/2/hs)

Gewerkschaftsinternationale der Graphiker. R.H. In Stockholm tagte ein internationaler Graphiker-Kongress, der gemeinsam von den internationalen Gewerkschaftsverbänden der Typographen, Lithographen und Buchbinder einberufen worden war. Der Kongress beschloss den Zusammenschluss dieser drei Verbände zu einer gemeinsamen Gewerkschaftsinternationale der Graphiker. Sitz des Sekretariats wurde Bern.